

Formblatt für Anträge zum 34. Landesparteitag der CDU Brandenburg

Alles Kursive bitte ausfüllen bzw. ankreuzen.
Pro Antrag bitte jeweils ein separates Formblatt verwenden.
Antragsschluss: 24. April 2019, 12 Uhr

**Eingang in der Landesgeschäftsstelle Gregor-Mendel-Straße
3, 14469 Potsdam info@cdu-brandenburg.de
Fax: 0331/620 14 14**

**An die Antragskommission der
CDU Brandenburg
c/o CDU-Landesgeschäftsstelle**

Sonstiger Antrag

Antrag der *LSU Brandenburg*

an den 34. Landesparteitag der CDU Brandenburg

Der 34. Landesparteitag möge beschließen:

Text: **Konverstonstherapie** verbieten.
Wir fordern die (neue) brandenburgische Landesregierung auf, dem Verbot von Konversionstherapien in Form des Entschließungsantrages im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung:

Brandenburg hat sich nachträglich einem Entschließungsantrag (161/19) zum Verbot von Konversionstherapien im Bundesrat angeschlossen, welcher nun federführend in den Gesundheitsausschuss überwiesen wurde. Nach deren Beratung steht der Antrag im Plenum zur Abstimmung.

Begründung des Entschließungsantrag: „Es gibt nach wie vor Personen und Organisationen, die die Überzeugung vertreten und verbreiten, Homo- oder Bisexualität seien eine Erkrankung oder psychische Störung und könnten „geheilt“ oder gezielt verändert werden. Mit dieser Pathologisierung, die eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darstellt, wird ein gesellschaftliches Klima befördert, das Diskriminierung, Abwertung und Stigmatisierung homo- und bisexueller Personen verstärkt. Entsprechendes gilt auch für transgeschlechtliche Personen. Dies kann bewirken, dass vor allem junge Menschen in der Phase ihrer Identitätsfindung ihre sexuelle Identität mit einer behandlungsbedürftigen Krankheit gleichsetzen, was zur Ablehnung der eigenen sexuellen Identität führt und schwerwiegende psychische Belastungen (Depressionen, Angsterkrankungen, erhöhtes Suizidrisiko) nach sich ziehen kann. „Behandlungen“ der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität verletzen das verfassungsrechtlich geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht. Hier kommt dem Staat ein Schutzauftrag zu.“


Joram Ulmke, Vorsitzender
Name/Funktion/Unterschrift

Frankfurt, 23.04.2019
Ort/Datum